

PRESSEINFORMATION

Petition des Sprechers der VAB-Tarifkommission an den Deutschen Bundestag

26.01.2012

Wehrorganisation - Kein unnötiger Personalabbau in der Bundeswehr

Petition zum Erhalt der Arbeitsplätze im Bereich der Personalabrechnung, Reisekosten bzw. Travel Management im Geschäftsbereich des BMVg

Die vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, geplanten Personalauslagerungen in den Wehrbereichsverwaltungen und dem Bundesamt für Wehrverwaltung, sind nach wie vor äußerst umstritten. Gegen diese Pläne wendet sich auch der Sprecher der VAB-Tarifkommission, Johann Buchholz, als persönlich Betroffener mit einer Petition an den Deutschen Bundestag.

Die Petition im Wortlaut (epetition-Nr. 21370):

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass kein unnötiger Personalabbau in der Bundeswehr stattfindet. Zur Zeit werden Verlagerungen der Gebührenabrechnung sowie der Reisekosten bzw. des Travel Managements zum BMI oder BMF geprüft. Dazu besteht keine Notwendigkeit.

Die Kritik:

Die „politische“ Zahl von 55.000 zivilen Dienstposten hält einer Aufgabenkritik nicht stand und ermöglicht nicht die Einsatzfähigkeit der zivilen Aufgabenbereiche. Die Projektgruppen im BMVg waren bereits im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Gesamtpersonalbedarf im zivilen Bereich von 62.000 erforderlichen Dienstposten besteht. Dennoch beharrt das Ministerium auf der Zahl von 55.000 Dienstposten.

Was bewirkt eine solche Auslagerung?

Ganze Qualifikationsbereiche gehen der Bundeswehr verloren. Damit werden bewährte und optimierte Strukturen übereilt und losgelöst von den ursprünglichen Reformplänen sowie unwiederbringlich zerschlagen – allein um eine fiktive und nach eigener Berechnung des BMVg unrichtige Zahl von 55.000 DP zu erreichen. Es drohen neue Arbeitsplatzbewertungen und Herabgruppierungen unter Umgehung des tarifvertraglichen Schutzes. Auch die Aufgabenzuweisungen der Verfassung (Art. 87 b und 65 GG) werden ausgehöhlt.

Es gäbe Alternativen!

Durch eine Einbeziehung der benannten Bereiche in das geplante Bundesamt für Personalwesen der Bundeswehr, ergäben sich alle diese Probleme nicht und die Qualität und Attraktivität blieben der Bundeswehr erhalten. Dann aber hieße es: 62.000 Dienstposten.

Die Mitzeichnungsfrist läuft bis zum 9. Februar 2012:

Bis zum Do. 09.02.2012 besteht noch die Möglichkeit sich an der Petition unter dem Link <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=21370> zu beteiligen.

Weitere Informationen:

VAB Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr e.V. im dbb, Bundesgeschäftsstelle, Rochusstraße 178, 53123 Bonn, Tel: 0228-62 94 789-0, Fax: 0228-62 46 38, gewerkschaft@vab.dbb.de, www.vab-gewerkschaft.de; Ansprechpartner: H. Schug
Abdruck honorarfrei. Belegexemplare erbeten. Fotos erhalten Sie von uns auf Anfrage.